

Klare Worte, schwierige Folgen

Die Modernisierung der Infrastruktur ist massiven Kürzungen nochmal davongekommen, stattdessen will das Land die Finanzen mit dem Griff in einen Pensionsfonds sanieren – aber alle Löcher stopft das nicht



WOLLEN EINNAHMEN UND AUSGABEN BIS 2030 SCHRITTWEISE MIT EINSPARUNGEN VON 1,2 MILLIARDEN EURO WIEDER IN EINKLANG BRINGEN: MONIKA HEINOLD UND DANIEL GÜNTHER. MICHAEL STAUDT

Frank Jung

In Krisenzeiten braucht es Planbarkeit, Verlässlichkeit und klare Worte“, sagt Monika Heinold. „Und klare Worte bedeutet, dass wir sparen müssen.“ So fasst die grüne Finanzministerin die Ergebnisse einer wegweisenden Kabinettsklausur in der Akademie Sankelmark im Kreis Schleswig-Flensburg zusammen: Die Minister und Staatssekretäre von CDU und Grünen sind dort zu der gemeinsamen Einsicht gelangt, dass die fetten Jahre längerfristig vorbei zu sein scheinen. Einschnitte von 1,2 Milliarden Euro müssen bis 2030 im Landeshaushalt erfolgen, um absehbar Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen. Allein schon im Etat für 2025 gilt es, eine e Lücke von 580 Millionen Euro zu stopfen.

Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) plant damit, dass auch der Haushalt 2025 wie der aktuelle aus Corona-Notkrediten gefüttert wird: die Bewältigung der Ostseesturmflut, Flüchtlingskosten durch den Ukrainekrieg und die Energie-Souveränität will er damit stemmen.

„Es wird schwierig, die Einsparungen nicht nur zu definieren, sondern sie auch gesamtgesellschaftlich zu tragen“, prognostiziert Heinold. Lange habe die Regierungsrige darüber diskutiert, zum Stopfen der Haushaltslöcher das mehr als eine Milliarde Euro schwere Sondervermögen Impuls anzutasten. Es dient zur Modernisierung der Infrastruktur; ein Ausdünnen würde öffentlich schnell sichtbar. Heinold will einen Weg, der Kaputt-Sparen vermeidet und „unserem schönen Schleswig-Holstein noch Zukunftschancen lässt“. Alternativ entschied man sich, Vermögen aus dem Vermögensfonds für Pensionen verzehren zu wollen. Die Finanzministerin betonte, dass das für die Bezieher von Pensionsleistungen nichts verändere. Die individuellen Ansprüche von Beamten bleiben unberührt. Zugleich macht die Chef-Haushälterin deutlich, dass für die jüngsten Schleswig-Holsteiner die Decke kürzer zu werden droht: Zur Verbesserung der Kita-Betreuung zahle der Bund absehbar nur noch dieses Jahr 69 Millionen Euro an Schleswig-Holstein. Heinold kündigt eine Bundesrats-Initiative an, damit dieser Geldstrom weiter fließt.

Der Ministerpräsident hat die kommunalen Spitzenverbände für morgen zu Beratungen über die sich verschärfende Ebbe in der Landeskasse eingeladen. Zu einer Zusage aber stehe die Landesregierung: Sie werde Städten und Gemeinden 96 Millionen Euro zahlen, um den ab 2026 aufwachsenden Ganztags-Betreuungsanspruch für Grundschüler zu ermöglichen. Nur werde dies – ebenso wie Zuschüsse an die Kommunen zur Wärmewende – anders finanziert als geplant: nämlich aus der Auflösung der Portfolio Management GmbH. Die hat aus der Abwicklung von Schiffskrediten der landeseigenen HSH Nordbank ein Vermögen von 196 Millionen Euro erwirtschaftet.

Landtags-Oppositionsführerin Serpil Midyatli von der SPD fordert: „Nach den Unsicherheiten um die Haushaltssperre im vergangenen Jahr ist die Landesregierung jetzt schnell gefordert, Transparenz und Klarheit zu bringen.“ Aus Sicht Midyatlis „belegen die Darstellungen des Minister-

präsidenten und der Finanzministerin zur mittelfristigen Haushaltsplanung erneut die strukturellen Probleme, vor die Schwarz-Grün das Land finanziell gestellt hat“.

Die Vorsitzende des DGB Nord, Laura Pooth, kritisiert das Antasten des Versorgungsfonds: Dessen Anfangskapital sei das Ergebnis eines jahrelangen unfreiwilligen Verzichtes der Beamten auf Anpassungen der Besoldung und Versorgung. Pooth: „Nach wie vor besteht ein moralischer Anspruch der Beamten darauf, dass diese Mittel ausschließlich für Versorgungsausgaben eingesetzt werden.“
